

Vorschlag zur EU-Förderpolitik 2028-2034: Jetzt Weichen stellen – für Ihre Region

Warum Sie als Mitglied des Bundestags jetzt gefragt sind

Die EU-Kommission plant eine grundlegende Neuausrichtung der Kohäsionspolitik ab 2028 – mit potenziell massiven Folgen für Ihre Region. Im Raum steht nicht weniger als der Umbau der gesamten Strukturförderung in Deutschland. Dies bietet Chancen für neue integrierte Ansätze und ressortübergreifende Förderpolitiken – sofern die Handlungsspielräume sinnvoll genutzt werden.

Betroffen sind zentrale Politikfelder, in denen auch Ihr Wahlkreis von EU-Mitteln profitiert:

- Wirtschafts- und Innovationsförderung
- Digitalisierung, Bildung und Arbeitsmarktintegration
- Fachkräftesicherung
- Klimaschutz, Energie, Mobilität
- Stadtentwicklung, Daseinsvorsorge und ländlicher Raum

All diese Aufgaben stehen vor großen Herausforderungen – und brauchen **maßgeschneiderte und ganzheitliche Lösungen vor Ort**.

Was schlägt die EU-Kommission vor?

- Der Anteil der Kohäsionspolitik am EU-Haushalt **soll von 40 % auf 23 % sinken**
- Die **Kaufkraft der Kohäsionsmittel sinkt inflationsbereinigt um ca. 90 Mrd. EUR (22 %)**
- Gleichzeitig sollen aus denselben Mitteln zusätzlich neue Inhalte, wie **Verteidigung, Krisenhilfe oder Medienpluralismus** finanziert werden
- Die bisher durch die Länder verwalteten Strukturfonds (EFRE, ESF+, JTF, ELER...) sollen **in einem einzigen nationalen und regionalen Partnerschaftsplan (NRPP)** aufgehen

Die Zentralisierung von Programmierung und Verwaltung erschwert es der kommunalen Ebene, wirksam an der Ausgestaltung der Förderprogramme teilzunehmen

Ihre Rolle: Verantwortung teilen – nicht zentralisieren

Im neuen Modell („NRPP“) liegt die Umsetzung künftig zuvorderst in der Verantwortung der Mitgliedsstaaten. Damit gingen auch Aufgaben auf den Bund über, die bisher durch die Länder wahrgenommen werden. Doch entscheidend ist: Die Mittel müssen in NRW organisiert bleiben:

Zentrale Steuerung bedeutet nicht automatisch bessere Steuerung.

- **Ihre Region braucht Gestaltungsspielraum.**
Arbeits- und Strukturförderung funktioniert nur, wenn sie auf die realen Bedarfe vor Ort zugeschnitten ist.
- **Das Partnerschaftsprinzip bewahren.**
Regionalpolitik lebt vom Dialog mit den Menschen vor Ort, der sich in dezentralen Strukturen in den Ländern effektiver und wirksamer umsetzen lässt als auf Bundesebene.
- **Etablierte Verwaltungsstrukturen nutzen.**
Die Bundesländer verfügen bereits über Verfahren und Strukturen, während der Bund zur Umsetzung der Kohäsionspolitik erst neue Strukturen aufbauen müsste.
- **Handlungsspielräume nutzen und sektorales Denken überwinden.**
Komplexe Herausforderungen benötigen ganzheitliche und integrierte Lösungen. Integrierte und ressortübergreifende Programme bieten hierfür Chancen.

Gerade für Bundestagsabgeordnete bedeutet das:

Wer sich jetzt **für regionale Mitverantwortung** und **ressortübergreifende Strukturen** ausspricht, sorgt aktiv dafür, dass EU-Mittel dort wirken, wo sie **nachweislich am effektivsten eingesetzt werden können** – in regionaler Verantwortung, ganzheitlich, bedarfsgerecht, bürgernah.

Wir laden Sie ein, sich mit uns dazu auszutauschen. Das vollständige Positionspapier von regionen.NRW ist diesem Schreiben beigelegt.

Kontakt: Sebastian Borgert, +49 2571 94 93 50 / borgert@muensterland.com